

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

153. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 9. April 2008

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: Gesetzesentwurf zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes; weitere Fragen zur Kabinettsitzung	16057 A
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16057 B
Elke Reinke (DIE LINKE)	16058 A
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16058 A
Ingrid Fischbach (CDU/CSU)	16058 B
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16058 B
Ina Lenke (FDP)	16058 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16058 D
Johannes Singhammer (CDU/CSU)	16059 B
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16059 B
Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	16059 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16059 D
Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16060 A
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16060 B
Markus Grübel (CDU/CSU)	16060 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16060 C
Jörn Wunderlich (DIE LINKE)	16060 D
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16061 A

Paul Lehrieder (CDU/CSU)	16061 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16061 C
Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)	16061 D
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16061 D
Carl-Ludwig Thiele (FDP)	16062 A
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16062 B
Dr. Eva Möllring (CDU/CSU)	16062 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16062 D
Elke Reinke (DIE LINKE)	16063 A
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16063 A
Ina Lenke (FDP)	16063 C
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMFSFJ	16063 C
Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)	16064 A
Hildegard Müller, Staatsministerin BK	16064 A

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 16/8714, 16/8739)	16064 B
--------------------------------------	---------

Dringliche Frage 1
Frank Schäffler (FDP)

Konzernverlust der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Auswirkungen auf das Fördergeschäft der KfW nach Ansicht der Bundesregierung

Antwort		Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	16069 D
Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin		Frank Schäffler (FDP)	16070 B
BMF	16064 B		
Zusatzfragen		Mündliche Frage 3	
Frank Schäffler (FDP)	16064 C	Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	16065 A	Schlussfolgerungen der Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie „Studienberechtigte 2006 ein halbes Jahr nach Schulabgang“ sowie Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ergebnisse	
Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	16065 B	Antwort	
Martin Zeil (FDP)	16065 C	Andreas Storm, Parl. Staatssekretär	
		BMBF	16070 D
Dringliche Frage 2		Zusatzfragen	
Frank Schäffler (FDP)		Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	16071 A
Auswirkungen der Rettungsmaßnahmen zugunsten der Deutschen Industriebank AG (IKB) auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Bundeshaushalt			
Antwort		Mündliche Frage 4	
Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin		Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	
BMF	16065 D	Veröffentlichung der offiziellen Antwort der Bundesregierung auf den Bericht des UN-Menschenrechtsinspektors Vernor Muñoz über das Recht auf Bildung vom 21. März 2007	
Zusatzfragen		Antwort	
Frank Schäffler (FDP)	16066 A	Andreas Storm, Parl. Staatssekretär	
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	16066 C	BMBF	16071 C
Martin Zeil (FDP)	16066 D	Zusatzfragen	
Carl-Ludwig Thiele (FDP)	16066 D	Cornelia Hirsch (DIE LINKE)	16072 A
Dringliche Frage 3		Mündliche Frage 7	
Carl-Ludwig Thiele (FDP)		Inge Höger (DIE LINKE)	
Beurteilung der Übernahme der IKB-Anteile durch den Bund vor dem Hintergrund des Rücktritts von Ingrid Matthäus-Maier als Vorstandsvorsitzende der Kreditanstalt für Wiederaufbau		Position der Bundesregierung zu der am 19. März 2008 getroffenen Entscheidung der US-amerikanischen Administration bezüglich Genehmigung von Waffenlieferungen an das Kosovo angesichts der restriktiven Vorgaben durch die UN-Resolution 1244	
Antwort		Antwort	
Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin		Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister	
BMF	16067 A	AA	16072 C
Zusatzfragen		Zusatzfragen	
Carl-Ludwig Thiele (FDP)	16067 B	Inge Höger (DIE LINKE)	16072 D
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	16067 D		
Martin Zeil (FDP)	16068 B	Mündliche Frage 8	
Frank Schäffler (FDP)	16068 C	Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
		Anzeichen für eine Verschlechterung des Investitionsklimas in Russland infolge des von der russischen Duma verabschiedeten Gesetzes zur Beschränkung ausländischer Investitionen in 42 strategischen Bereichen	
Dringliche Frage 4			
Carl-Ludwig Thiele (FDP)			
Ausgleich der Belastungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unter Vermeidung von Einschränkungen bei der Fördertätigkeit der KfW und weiterer Belastungen des Bundeshaushalts			
Antwort			
Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin			
BMF	16068 D		
Zusatzfragen			
Carl-Ludwig Thiele (FDP)	16068 D		
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	16069 C		
Martin Zeil (FDP)	16069 C		

Parl. Staatssekretär Andreas Storm

- (A) ten, die sich für ein Studium entscheiden – ist für die Bundesregierung ein Hinweis darauf, dass die Bemühungen um eine deutliche Erhöhung des Akademikeranteils nicht nachlassen dürfen. Der Hochschulpakt 2020 zwischen der Bundesregierung und den Ländern, dessen Zwischenziel es ist, die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an deutschen Hochschulen bis zum Jahr 2010 um über 90 000 zu steigern, setzt sehr positive und wirkungsvolle Anreize.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

In dieser Studie wurde sehr viel über Studienfinanzierung geschrieben. Dort steht unter anderem, dass ein Viertel der Befragten, die auf ein Studium verzichten, angeben, dies aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zu tun. Sie verzichten auf ein Studium, weil sie fürchten, sich ein Studium nicht leisten zu können. Hat die Bundesregierung über diesen Punkt diskutiert, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus diesen Aussagen der Studie?

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Abgeordnete Hirsch, die Bundesregierung hat diesen Punkt zur Kenntnis genommen. Im vergangenen Jahr wurde mit der BAföG-Novelle – Erhöhung des Bedarfssätze um 10 Prozent sowie Anhebung der Einkommensgrenzen um 8 Prozent – dafür Sorge getragen, dass insbesondere Studierende mit einer schwächeren finanziellen Basis eine erhebliche Besserstellung erfahren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ihre zweite Nachfrage, bitte.

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

Besten Dank. – Über diese BAföG-Novelle haben wir uns schon einige Male unterhalten. Wir von der Linken haben sie als unzureichend kritisiert. Nichtsdestotrotz möchte ich in meiner zweiten Nachfrage auf den zweiten Aspekt eingehen. Es geht ja nicht nur um die Finanzierung des individuellen Lebensunterhalts, sondern auch um die Frage, ob der Zugang zur Hochschule durch Gebühren verschlossen wird. Wir haben schon mehrere Male nachgefragt, wie die Bundesregierung zum UN-Sozialpakt steht, der von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Er enthält die Forderung, dass ein Hochschulstudium gebührenfrei sein soll. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie die Bundesregierung die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts einschätzt, die Revision einer Studentin aus NRW zuzulassen, die gegen die Einführung von Studiengebühren mit der Begründung geklagt hat, dass Studiengebühren gegen Völkerrecht verstoßen.

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung: (C)

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine abschließende Beurteilung dieses rechtlichen Verfahrens noch nicht möglich. Die Bundesregierung ist generell der Auffassung, dass die von Ihnen angesprochene internationale Vorgabe von den Bundesländern, die in Deutschland Studienbeiträge eingeführt haben, in vollem Umfang erfüllt wird, weil die eingeführten Studienbeitragssysteme alle von sozialen Ausgleichssystemen in Form von sehr günstigen Darlehen mit sozial abgefederten Konditionen hinsichtlich der Rückzahlung flankiert werden. So wird sichergestellt, dass niemand durch die Studienbeitragssysteme und damit aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten wird.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Damit kommen wir zur Frage 4 der Kollegin Hirsch:

Wann gedenkt die Bundesregierung ihre offizielle Antwort zum Bericht des UN-Menschenrechtsinspektors Vernor Muñoz über das Recht auf Bildung vom 21. März 2007 zu veröffentlichen, da der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen offensichtlich eine umfangreichere Stellungnahme erwartet (vergleiche *hib* vom 22. Februar 2008) als die gemeinsame Stellungnahme mit der Kultusministerkonferenz in der vierten Sitzung des UN-Menschenrechtsrats (Antwort zu Frage 96 auf Bundestagsdrucksache 16/7052 der Abgeordneten Cornelia Hirsch), bzw. wie wird sie gegebenenfalls erklären, dass sie keine offizielle Antwort verfassen wird?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung: (D)

Ich antworte wie folgt: Die Bundesregierung hat in zweifacher Weise zu dem Bericht Stellung genommen. Vorab hatte der Sonderberichterstatter einen Entwurf an die Bundesregierung mit der Bitte übermittelt, sachliche Richtigstellungen vorzunehmen. Da der Bericht hauptsächlich die vorschulische und schulische Bildung, die in die Zuständigkeit der Länder fällt, thematisiert, ist die Bundesregierung dieser Bitte gemeinsam mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister, KMK, nachgekommen. Im Zusammenhang mit der Präsentation des Berichtes vor dem VN-Menschenrechtsrat hat die deutsche Delegation in Genf zudem eine Erklärung der Bundesregierung und der KMK vorgetragen.

Deutschland hat sich damit im gesamten Verfahren so verhalten, wie es die internationalen Vereinbarungen vorsehen. Weder sieht das reguläre Verfahren eine Verpflichtung für Staaten zur Stellungnahme vor, noch ist eine offizielle Anforderung zu einer Stellungnahme an Regierungsvertreter ergangen. Schriftliche Stellungnahmen in Form eines Letters oder einer Note Verbale, wie sie von einigen Staaten, zum Beispiel den USA 2001, der Türkei 2002 oder China 2003, zu Berichten der damaligen VN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung abgegeben wurden, erfolgten auf freiwilliger Basis. Verschiedentlich in der Presse zitierte Erwartungen des VN-Sonderberichterstatters Professor Muñoz in Richtung einer Stellungnahme konnten durch das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte nicht bestätigt werden.

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

Danke schön. – Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass Vernor Muñoz in der Anhörung des Bildungsausschusses in der letzten Sitzungswoche deutlich gemacht hat, dass er sich eine deutlich ausführlichere Stellungnahme gewünscht hätte, die ganz klar darauf zielt, dass in Deutschland entsprechende Konsequenzen gezogen werden?

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Abgeordnete Hirsch, mir ist eine solche Stellungnahme von Professor Muñoz nicht erinnerlich. Ich hatte bei seinem letzten Besuch in Deutschland vor einigen Wochen die Gelegenheit zu einem mehr als einstündigen Gespräch mit ihm, bei dem wir über eine Reihe der von ihm angesprochenen inhaltlichen Fragen diskutiert haben. Dabei hat die Frage einer weitergehenden Stellungnahme keine Rolle gespielt.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Haben Sie eine zweite Nachfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr.

Cornelia Hirsch (DIE LINKE):

(B) Meine zweite Nachfrage bezieht sich darauf, dass heute von der OECD eine Empfehlung an Deutschland gerichtet worden ist, die unter anderem beinhaltet, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen. Da es bisher vonseiten der Bundesregierung immer sehr positive und unterstützende Ausführungen hinsichtlich des gegliederten Schulsystems gab, wollte ich mich erkundigen, ob im Zuge dieser Empfehlung der OECD jetzt darüber nachgedacht wird, diese Position zu überdenken und auf die Länder einzuwirken, das gegliederte Schulsystem zu ändern.

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Abgeordnete Hirsch, die Bundesregierung sieht hierzu keinerlei Veranlassung. Es ist in den Stellungnahmen, die die KMK gemeinsam mit dem Bundesbildungsministerium und bei anderer Gelegenheit selber abgegeben hat, immer deutlich gemacht worden, dass der Schlüssel für eine Verbesserung der Qualität des Bildungssystems nicht in der Frage der Organisation des Schulsystems liegt.

Im Übrigen gibt es hierzu empirische Befunde, die alles andere als eindeutig sind. Ich darf zum Beispiel auf die auf umfangreichen Vorläuferuntersuchungen basierende Längsschnittstudie *Lebensverläufe von der späten Kindheit ins frühe Erwachsenenalter – LIFE* verweisen, die nach ersten Verlautbarungen des Bildungsforschers Helmut Fend zu dem Ergebnis kommt, dass die Gesamtschulen nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems schaffen. Die empiri-

schen Befunde machen also deutlich, dass hier **(C)** keineswegs eine eindeutige Situation besteht. Im Hinblick auf die Instrumente zur Verbesserung der Qualität des deutschen Bildungssystems halten wir andere Aspekte für zielführend, nicht die Organisation des Schulsystems.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Damit sind wir am Ende dieses Geschäftsbereichs. Herr Staatssekretär, ich bedanke mich bei Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes. Die Fragen 5 und 6 der Kollegin Cornelia Behm werden schriftlich beantwortet.

Damit sind wir beim Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes. Für die Beantwortung der Fragen steht zur Verfügung Herr Staatsminister Dr. Gernot Erler.

Ich rufe die Frage 7 der Kollegin Inge Höger auf:

Welche Position bezieht die Bundesregierung, insbesondere angesichts der restriktiven Vorgaben durch die UN-Resolution 1244, zu der am 19. März 2008 getroffenen Entscheidung der US-amerikanischen Administration, zukünftig Waffenlieferungen an das Kosovo zu genehmigen?

Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Kollegin Höger, die Antwort der Bundesregierung lautet: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das mit seiner Resolution 1160 vom 31. März 1998 gegenüber der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien einschließlich Kosovo verhängte Waffenembargo, auf das die Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 in ihrer Ziffer 16 Bezug nimmt, mit seiner Resolution 1367 vom 10. September 2001 aufgehoben. **(D)**

Nach Kenntnis der Bundesregierung handelt es sich bei der in der Frage genannten Entscheidung der US-Regierung um einen formellen, nach der völkerrechtlichen Anerkennung durch die USA für erforderlich gehaltenen Akt, der zwischen den USA und Kosovo eine grundsätzliche Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet ermöglichen soll. Von konkreten Vorhaben zur Ausfuhr von Rüstungsgütern in diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung keine Kenntnis.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Haben Sie eine Nachfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr.

Inge Höger (DIE LINKE):

Herr Erler, unabhängig davon, dass auch ich nicht von konkreten Waffenlieferungen weiß, ist damit zumindest die Möglichkeit eröffnet. Außerdem gibt es Untersuchungen des Bundesnachrichtendienstes, wonach die Regierung Kosovos von der Mafia unterwandert ist. Meines Erachtens besteht die Gefahr, dass die Waffen dann bei der Mafia landen. Sehen nicht auch Sie diese Gefahr im Falle einer Waffenlieferung?